

Aachen
Bielefeld
Bocholt
Bochum
Bonn
Bottrop
Castrop-Rauxel
Dortmund
Duisburg
Düren
Düsseldorf
Essen
Gelsenkirchen
Gladbeck
Gütersloh
Hagen
Hamm
Herford
Herne
Iserlohn
Krefeld
Köln
Leverkusen
Lüdenscheid
Marl
Minden
Mönchengladbach
Mülheim an der Ruhr
Münster
Nettetal
Neuss
Oberhausen
Recklinghausen
Remscheid
Siegen
Solingen
Viersen
Willich
Witten
Wuppertal

Inhalt

2-4 Im Fokus

- Städtetag NRW: Menschen schützen, die für unser Gemeinwohl arbeiten
- Lösung bei Altschulden und Flüchtlingskosten bleibt dringend nötig
- Die Krankenhausplanung in NRW steht an einem Scheideweg

5-10 Aus den Städten

- Waste Watcher leisten in Hagen einen erkennbaren Beitrag zur Stadtsauberkeit
- Gleichstellung von Frauen und Männern strategisch gestalten
- Laufend Stadt erleben! Die App Sight Running NRW verbindet Baukultur und Bewegung

11 Gern gesehen

- Heiraten in der Kirche, ohne kirchlich zu heiraten

11-12 Fachinformationen

13-15 Kaleidoskop

16 Termine

Städtetag NRW: Menschen schützen, die für unser Gemeinwohl arbeiten

Die Stadtspitzen der nordrhein-westfälischen Städte sehen mit großer Sorge, dass Verunglimpfungen, Bedrohungen und Übergriffe gerade gegenüber Menschen zunehmen, die sich kommunalpolitisch engagieren. Sie fordern einen besonderen Schutz für Menschen, die für unser Gemeinwohl arbeiten oder sich ehrenamtlich dafür einsetzen. Das machte der Vorsitzende des Städtetages Nordrhein-Westfalen, Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann, nach einer Vorstandssitzung am 13. Februar in Köln deutlich.

„Hass und Gewalt dürfen in unserer Gesellschaft nicht toleriert werden. Kommunale Amts- und Mandatsträger sowie Ehrenamtliche brauchen einen besonderen Schutz. Bund und Länder sind dazu gefordert, alle Möglichkeiten des bestehenden Rechts auszuschöpfen und wo es nötig ist, zu erweitern“, sagte Hunsteger-Petermann:

„Strengere Regeln im Strafrecht zu Hetze und Beleidigungen, die von der Bundesregierung geplant sind, müssen schnell umgesetzt werden. Die Meldepflicht der Internet-Plattformen bei Morddrohungen oder Volksverhetzung ist ebenfalls sinnvoll. Vorbild für NRW könnten die Richtlinien für die Strafverfolgung des Justizministeriums in Niedersachsen sein. Dort dürfen Ermittlungsverfahren wegen verbaler Attacken und Übergriffen gegen Amtsträger, Rettungssanitäter, Polizisten und Hilfeleistende nicht mehr ohne weiteres wegen Geringfügigkeit eingestellt werden. Das sollte in NRW aufgegriffen werden.“ Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität

sei ein wichtiger Schritt, um Lücken im Strafrecht zu schließen. Mit der Änderung des Paragraphen 188 zu übler Nachrede und Verleumdung sollen beispielsweise jetzt auch kommunale Amts- und Mandatsträger besser geschützt werden. Die zentrale Ansprechstelle Cybercrime NRW bei der Staatsanwaltschaft Köln gegen Hass und Hetze im Netz sowie die „Zentrale Ansprechstelle“ in politischen Sicherheitsfragen für politische Verantwortungsträger, die das Land eingerichtet hat, sind bereits jetzt wichtige Anlaufstellen, so der Städtetagsvorsitzende.

Die Städte halten es darüber hinaus für notwendig, die begonnene gesamtgesellschaftliche Debatte über die Grundwerte unserer Demokratie und einen stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalt weiterzuführen. „Amts- und Mandatsträgerinnen und Mandatsträger und Menschen, die sich bedroht fühlen oder bedroht werden, müssen deutlich spüren, dass neben dem Staat, den Polizeibehörden und den Staatsanwaltschaften auch die Zivilgesellschaft sie unterstützt. Wir brauchen eine gemeinsame Strategie von Bund, Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Dazu können zivilgesellschaftliche Netzwerke in den Städten mit ihren Aktivitäten beitragen. Hilfreich sind außerdem Initiativen, die etwa in Schulen und Vereinen demokratische Grundwerte vermitteln und so Hass, Rechtsextremismus und Antisemitismus vorbeugen“, sagte Hunsteger-Petermann.

Lösung bei Altschulden und Flüchtlingskosten bleibt dringend nötig

Der Vorsitzende des Städtetages Nordrhein-Westfalen, Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann aus Hamm, erklärte zu dem am 24. Januar 2020 von Kommunalministerin Ina Scharrenbach vorgelegten Arbeitsbericht „Kommunalbilanz“: „Land und Kommunen haben manches gemeinsam vorangebracht. Das ist auch unsere Aufgabe für die Menschen in unseren Städten. Wir finden es zum Beispiel richtig, dass die Landesregierung die Straßenausbaubeiträge nicht abgeschafft hat. Wir unterstützen das Landesprogramm „Digitale Modellregionen“. Oder die höhere Förderung von Stadttheatern und kommunalen Orchestern. Wir haben die Reform des Kinderbildungsgesetzes mitgetragen, auch wenn unsere Haushalte dadurch gewaltig belastet werden.

Lob für Vergangenes ist das eine. Als Städtetagsvorsitzender muss ich aber auch klar benennen, was den Städten auf den Nägeln brennt. Es gibt noch große Baustellen, bei denen Land und Kommunen um die richtigen Lösungen ringen. Es gibt noch keine Lösung bei den Altschulden. Und bei der Finanzierung der Flüchtlingskosten warten wir seit Langem auf die dringend erforderliche Neuregelung.

Zum Thema Altschulden: Wir brauchen jetzt endlich eine Lösung des Altschuldenproblems, das viele Städte gerade in NRW knebelt und ihren Handlungsspielraum einengt. Wegen der niedrigen Zinsen war die Zeit noch nie so günstig, den Berg von 25 Milliarden Euro kommunaler Altschulden in NRW abzutragen. Wir brauchen

ein starkes Signal aus NRW, damit eine tragfähige Lösung gelingt. Wir brauchen ein Konzept des Landes für seinen Beitrag.

Die Städte haben ihre Bereitschaft zu eigenen Beiträgen erklärt. Und der Bund muss ebenfalls mitmachen, die Koalition in Berlin muss sich einigen. Der Bundesfinanzminister wäre bereit, einen erheblichen Teil der Altschulden zu übernehmen. NRW muss die bundesweite Debatte im Sinne seiner Städte aktiv begleiten und mitgestalten.

Die Integration von Flüchtlingen beschäftigt uns in den Städten weiterhin stark. Wir stellen uns dieser Verantwortung. Aber es ist auch eine Daueraufgabe, die finanziert werden muss. Wir erwarten deshalb vom Land, dass es die Mittel von 150 Millionen Euro, die NRW 2020 vom Bund erhält, an die Kommunen weitergibt. Das ist bisher im Haushalt leider nicht vorgesehen. Ein großes Thema für die NRW-Städte ist die Reform des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG) mit den Mitteln für Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen und für Geduldete. Wir begrüßen, dass das Land in Verhandlungen eintreten will.

Den Städten und Gemeinden fehlen pro Jahr 750 Millionen Euro für diese Aufgaben. Deshalb muss die Reform unbedingt kommen. Wir brauchen dringend höhere Flüchtlingspauschalen und eine zeitlich unbegrenzte Übernahme der Kosten für geduldete Flüchtlinge, also nicht nur Zahlungen für drei Monate. Das Land verbucht einen satten Haushaltsüberschuss. Einen Teil des Geldes muss die Regierung nutzen, damit es hier zu einer Lösung zugunsten der Kommunen kommt.

Die Städte bekennen sich zur Verkehrswende. Der Verkehr in der Stadt muss vielfältiger, nachhaltiger und moderner werden. Es ist deshalb gut, dass die Städte in einem Bündnis für Mobilität des Landes mitwirken. Gleichzeitig geht es darum, den riesigen Investitionsstau im Verkehrsbereich in den Kommunen abzubauen. Das Land fördert Investitionen der Kommunen in das



NRW-Kommunalministerin Ina Scharrenbach und Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann auf der Konferenz der Ratsmitglieder 2019
(Foto: © Dr. Uda Bastians, Deutscher Städtetag)

Schiennetz für Stadt- und Straßenbahnen. Höhere Mittel für die kommunale Verkehrsinfrastruktur (GVFG) und mehr Regionalisierungsmittel stellt aber der Bund bereit. Wir erwarten vom Land, dass es in größerem Umfang auch eigene Mittel einsetzt, damit kommunale Verkehrsprojekte realisiert werden können.

Auch beim Klimaschutz ist klar, dass wir alle unsere Anstrengungen verstärken müssen. Die Städte übernehmen hier Verantwortung und leisten mit kommunalen Klimaschutzkonzepten, Energiemasterplänen und Mobilitätskonzepten bereits wichtige Beiträge. Wir möchten zusammen mit dem Land diesen Weg weiter gehen, damit die Städte in NRW für die Menschen lebenswert bleiben.

Die Städte erwarten vom Land eine Novelle des Klimaschutzgesetzes NRW, mit der das Klimaschutzgesetz und Klimaschutzprogramm des Bundes auch in NRW umgesetzt werden. Das muss im engen Austausch mit den Kommunen erfolgen. Außerdem appellieren wir als Städtetag an das Land, dass es zu einem fairen Ausgleich von finanziellen Belastungen der Kommunen kommt.“

Die Krankenhausplanung in NRW steht an einem Scheideweg

Von Anja Patzki

Die Städte in Nordrhein-Westfalen begrüßen, dass die Krankenhausplanung in Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf die Bedarfe und die Qualität der Versorgung der Menschen reformiert wird. Sie erwarten jedoch, dass nicht ein Kapazitätsabbau von Krankenhäusern im Vordergrund steht, sondern dass die kommunalen Krankenhäuser nach Umsetzung der Pläne wirtschaftlich geführt werden können. Für den Umbau der Strukturen müssen jedenfalls mehr finanzielle Mittel vom Land zur Verfügung gestellt werden. Das hat der Vorstand Nordrhein-Westfalen in seiner Sitzung am 13. Februar in Köln beschlossen.

Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen beabsichtigt einen neuen Krankenhausplan aufzustellen. Dafür hat sie ein Gutachten in Auftrag gegeben. Auf insgesamt fast 900 Seiten wird darin die aktuelle stationäre Versorgungssituation in Nordrhein-Westfalen bewertet. Dabei wurden die für die jeweiligen medizinischen Bereiche und unterschiedlichen Regionen des Landes Über-, Unter- und Fehlversorgungen identifiziert.

Das zentrale Ergebnis der Studie ist die folgende Feststellung: Es gibt zwar – mit einigen Ausnahmen – eine nahezu flächendeckende Versorgung mit stationären Angeboten. Diese orientiert sich aber zu wenig an den tatsächlichen Bedarfen und die Behandlungsqualität leidet. In der Tendenz gibt es in den Ballungsgebieten, insbesondere der Rhein-Ruhr Schiene eine Überversorgung. Das Gutachten empfiehlt deshalb eine grundlegende Reform der Krankenhausplanung.

Die Ergebnisse des Gutachtens bilden nunmehr die Diskussionsgrundlage für die Erstellung eines neuen Krankenhausplans für Nordrhein-Westfalen. Dieser soll in diesem Jahr gemeinsam mit dem Landesausschuss Krankenhausplanung erarbeitet werden. Zukünftig soll keine Planung von Bettenzahlen mehr erfolgen, sondern eine detaillierte Ausweisung von Leistungsbereichen und Leistungsgruppen stattfinden. Die Gutachter schlagen vor, die Krankenhausplanung zukünftig auf der Grundlage von 25 Leistungsbereichen zu gestalten, die in 70 Leistungsgruppen aufgliedert sind.

Künftig würde dann nicht mehr die Fachabteilung Chirurgie beplant, sondern zum Beispiel der Leistungsbereich „Bewegungsapparat“, der beispielhaft die Leistungsgruppen „konservative Orthopädie“, „Unfallchirurgie Notfall/Trauma“ oder „Endoprothetik Hüfte“ umfasst. Die einzelnen Leistungsbereiche und Leistungsgruppen sollen mit Qualitätsindikatoren verknüpft

werden, zum Beispiel in Form von Mindestmengen und personellen Vorgaben. NRW-Gesundheitsminister Laumann versicherte, dass nicht allein ein Kapazitätsabbau im Vordergrund stehe, sondern die Krankenhauslandschaft effizienter aufgestellt und die Versorgungskapazitäten verbessert werden sollen. Öffentliche Äußerungen lassen jedoch den Rückschluss zu, dass mit Klinikschließungen, vor allem in den Ballungsräumen, gerechnet werden muss. Insbesondere kleinere Kliniken werden zukünftig deutlich in ihrem medizinischen Angebotspektrum eingeschränkt.

Für die geplante Neustrukturierung wurden Arbeits- und Unterarbeitsgruppen im Landesausschuss für Krankenhausplanung gebildet. 2021 sollen die Beteiligten vor Ort aufgefordert werden, die Verhandlungen über die regionalen Planungskonzepte nach dem neuen Krankenhausplan des Landes aufzunehmen. Der bisherige Beratungsprozess im Landesausschuss Krankenhausplanung gestaltete sich eher kontrovers.

Einigkeit besteht darüber, dass die Definition der Leistungsgruppen zukünftig auf der Grundlage der Operationen- und Prozedurenschlüssel (OPS) erfolgen soll. Hinsichtlich der Definition und Anzahl der Leistungsbe- reiche beseht hingegen noch Beratungsbedarf. Diese sollen an die Weiterbildungsordnung der Ärztekammer angelehnt sein.

Die Krankenhauslandschaft steht derzeit vor vielen Herausforderungen. Die wirtschaftliche Situation verschlechtert sich zunehmend. Der Reformeifer von Bundesgesundheitsminister Spahn verschärft die Situation zusätzlich. Insbesondere der aktuelle Referentenentwurf zur ambulanten Notfallversorgung verdeutlicht einmal mehr, dass die Krankenhauslandschaft an einem Scheideweg steht. Denn es entsteht zunehmend der Eindruck eines kalten Strukturwandels – fernab einer strukturierten Krankenhausplanung durch die Länder.

Umso wichtiger ist es deshalb, dass sich der neue Krankenhausplan in Nordrhein-Westfalen an den Versorgungsbedürfnissen der Patientinnen und Patienten orientiert und ein nachhaltiges Versorgungskonzept entwickelt wird. Dafür ist eine bedarfsgerechte Investitionsförderung durch das Land unumgänglich.

Anja Patzki
Referentin Städtetag Nordrhein-Westfalen

Waste Watcher leisten in Hagen einen erkennbaren Beitrag zur Stadtsauberkeit

„Unser erklärtes Ziel ist es, dass wir uns mit neuen Ideen dem Thema Stadtsauberkeit widmen und mit diesen einen stadtweit sichtbaren Beitrag leisten“, sagt Hagens Oberbürgermeister Erik O. Schulz, „und die Waste Watcher sind dabei ein ganz wesentlicher Bestandteil.“ Und das Projekt Waste Watcher, dessen MitarbeiterInnen seit April 2019 täglich durch das gesamte Hagener Stadtgebiet streifen, zeigt große Erfolge, die auch in der Hager Bevölkerung wahrgenommen und begrüßt werden.

Waren es doch die Hagener Bürgerinnen und Bürger, die der Sauberkeit in ihrer Stadt lediglich eine Drei minus als Schulnote ausstellten, wie eine Umfrage des vom Hagener Entsorgungsbetrieb (HEB) beauftragten Instituts für Abfall, Abwasser und Infrastruktur-Management im Frühjahr 2019 ergab. Doch nicht erst seit dieser Umfrage sind die Hagener mit dem Zustand einiger Straßen und Plätze unzufrieden. Daher beschloss der Rat der Stadt Hagen im Dezember 2018, das Pilotprojekt mit den Waste Watchern zu starten. Die Waste Watcher sind bereits in anderen Städten wie Wien oder Hamburg ein echtes Erfolgsmodell und sollen in den nächsten zwei Jahren auch in Hagen für Ordnung und Sauberkeit sorgen. Da der HEB selbst keine Bußgelder verhängen darf, wurde der Schulterchluss mit der Stadt Hagen gesucht.

Insgesamt wurden bis November 2019 knapp 12.000 Müllstellen aufgesucht und dabei beachtliche 147 Tonnen Müll abgeräumt. Zudem wurden in circa 1.900 Fällen Verwarnungs- und Bußgelder ausgesprochen. Dadurch ergaben sich für 2019 Einnahmen von insgesamt rund 90.000 Euro. Das Konzept wirkt dabei in zweifacher Hinsicht: Zum einen präventiv, indem die Mülldetektive festgestellte Müllkippen unmittelbar beseitigen, damit dort nicht weiterer Müll „angezogen“ wird. Zum anderen werden in Fällen, in denen die Waste Watcher den Verursacher ermitteln können, abschreckende Schritte eingeleitet sowie die begangenen Ordnungswidrigkeiten zur Anzeige gebracht.

Doch in ihrer Arbeit sind die Mülldetektive auch auf die Hinweise der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Diese können sich persönlich, telefonisch an die Telefonzentrale oder die zuständigen Sachbearbeiter sowie über den E-Mail-Kontakt des Fachbereichs unter stadtsauberkeit@stadt-hagen.de an die Waste Watcher wenden. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme über den Mängelmelder der Stadtverwaltung auf der Seite www.hagen.de/maengelmelder oder unter Telefon 02331/207-3333. Neben den Hinweisen von den Hagenerinnen und Hagenern achten die Waste Watcher auch im Rahmen ihrer Präsenzstreifen im gesamten Stadtgebiet auf illegale Müllablagerungen oder sonstige Umweltverstöße.



Oberbürgermeister Erik O. Schulz (Mitte) mit Ulrich Klinkhammer und Diana Palwelczik, die als eines von acht Teams für mehr Sauberkeit und Ordnung in Hagen sorgen.

(Foto: Michael Kaub/Stadt Hagen)

Vor Ort forschen die Waste Watcher aber nicht nur nach Adressen oder anderen Hinweisen in den illegalen Müllablagerungen. Sie nehmen nach Möglichkeit die abgelegten Gegenstände nach der beweissichernden Dokumentation direkt mit. Was nicht auf das Elektroauto der Waste Watcher passt wird im Nachgang von der Sonderkolonne der Straßenreinigung oder sogar dem großen „Knacker“ der Sperrmüllabfuhr abgeholt.

Nach vielen vorbereitenden Gesprächen zwischen dem HEB, dem Umweltamt, dem Ordnungsamt und weiteren Beteiligten zu den Punkten wie Organisation, Ausstattung, Dokumentation nahmen die 15 Männer und eine Frau ihre Arbeit zunächst nicht auf der Straße, sondern bei intensiven Schulungen zu deeskalierendem Verhalten, Kommunikationsstrategien und Abfallrecht auf. Hier wurde noch einmal deutlich, wie wichtig die Kommunikation für die Teams ist. Tragen sie doch lediglich ein Smartphone, eine Taschenlampe und einen Notizblock bei sich. An dieser Stelle bieten die langjährige Ordnungspartnerschaft mit der Polizei Hagen und der bereits bestehende gute Kontakt zwischen dem HEB und den Beamten und Beamtinnen den Waste Watchern Sicherheit. Denn: Sollte es doch mal zu einer brenzligen Situation kommen, rufen die Teams die Polizei zu Hilfe. Bislang war dies erfreulicherweise noch nicht häufig notwendig. Eine gute Menschenkenntnis und ein ruhiges Auftreten haben dazu geführt, dass die große Mehrzahl der bisherigen Bürgerkontakte in ein freundliches Beratungsgespräch zum verantwortungsvollen Umgang mit Abfällen mündete.

Doch das bedeutet nicht, dass die Umweltsünder mit ein paar Worten davon kommen. Im Umweltamt wurde eine personelle Aufstockung vorgenommen, um zeitnah die entsprechenden Bußgeldbescheide zu versenden. Einer-

seits ist es nicht zu tolerieren, dass einzelne Zeitgenossen das Stadtbild verschandeln. Andererseits entledigen sich diese ihrer Abfälle auch auf Kosten der Allgemeinheit, also der Hagener Gebührenzahler.

Was wenig bekannt ist, dass auch kleinteiliger Müll reichlich Gefahrenpotenzial bietet. Eine achtlos weggeworfene Zigarettenkippe enthält eine Vielzahl an Giftstoffen, die sich aus den Stummeln lösen und ins Grundwasser eindringen können. Eine weitere Gefahrenquelle stellen die Kippen für kleine Kinder dar. Im Durchschnitt liegen 50 Zigarettenkippen auf einem Kinderspielplatz in Deutschland. Verschluckt ein Kleinkind einen Stummel besteht unter Umständen Lebensgefahr. Bei manchen illegalen Müllablagerungen kann man sich über das unverantwortliche Handeln nur wundern: Einer der brisantesten Funde war eine Plastiktüte voller teils offener Insulinspritzen sowie eine Tüte mit einem großen Brotmesser. Beide Tüten wären für Kinder problemlos zugänglich gewesen.

Die Waste Watcher kennen mittlerweile ihre Reviere sehr genau und haben viele Kontakte zu ansässigen Geschäftsinhabern geknüpft. Außerdem erhalten sie eine breite Zustimmung aus der Bevölkerung und bekommen von den Anwohnern Tipps zu Verursachern und Dreckecken. Alle Teams berichten unisono, dass sie beobachten, dass die Dreckecken weniger, aber die Müllsünder auch gerissener werden. Sie entfernen beispielsweise Adressaufkleber. Dennoch finden die Waste Watcher beim Öffnen von Säcken immer wieder eindeutige Be-

weise. Von der Krankmeldung bis hin zu Kontoauszügen. Finden die Waste Watcher mal nichts, klingeln sie in der Nachbarschaft und fragen dort nach, ob jemand etwas beobachtet hat. Doch selbst wenn sie keine Hinweise finden und den Abfall nur entsorgen können, beobachten das die Anwohner und realisieren, dass nun verstärkt an der Stadtsauberkeit gearbeitet wird.

Die Waste Watcher scheuen sich auch nicht die Trinkerszene am ZOB anzusprechen oder den alkoholisierten Wildpinkler. Sie haben aber auch schon erste Erfahrungen gemacht, bei denen sie die Polizei um Hilfe bitten mussten. Besonders wenn es darum geht, die Identität festzustellen und den Waste Watchern den Ausweis zu zeigen, stellen einige auf stur. Dies gipfelte zum Beispiel im Stadtteil Hohenlimburg darin, dass ein Bürger, der seinen Coffee-to-go-Becher auf den Bürgersteig geworfen hat, gemeinsam mit den Waste Watchern zur Polizeiwache ging, um dort von dem Beamten bestätigt zu bekommen, dass er dem Mitarbeiter des Umweltamtes seinen Ausweis zu zeigen hat.

Oberbürgermeister Erik O. Schulz ist sich mit allen Beteiligten einig, dass es „im Hinblick auf das Thema der Stadtsauberkeit nur zu einer nachhaltigen Wirkung kommen kann, wenn der illegal entsorgte Müll auf Dauer konsequent und kurzfristig beseitigt sowie durch mögliche Sanktionen ein flächendeckender Druck auf Verursacher aufrechterhalten wird.“ Und die erste Bilanz der Waste Watcher zeigt deutlich, dass dieses Projekt seinen Beitrag dazu leisten kann, dieses Ziel zu erreichen.

„Eildienst“ elektronisch nutzen oder per Newsletter beziehen

Die Publikation „Eildienst“ kann als PDF-Datei elektronisch genutzt oder per E-Mail bezogen werden. Interessenten können die aktuelle Ausgabe abrufen im Internetangebot des Städtetages Nordrhein-Westfalen unter <http://www.staedtetag-nrw.de/veroeffentlichungen/eildienst/index.html>

Alternativ dazu gibt es die Publikation „Eildienst“ auf Wunsch auch regelmäßig als Newsletter via E-Mail. Bestellungen dazu bitte unter presse-info@staedtetag-nrw.de

Gleichstellung von Frauen und Männern strategisch gestalten

Von Regina Czajka

Gleichstellungsarbeit ist seit vielen Jahren fester Bestandteil in den Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Gemeindeordnung sowie das Landesgleichstellungsgesetz NRW sehen umfangreiche Mitwirkungs-, Beratungs- und Beteiligungsrechte der Gleichstellungsbeauftragten als Teil der Verwaltung vor. Schwerpunkte setzen sie in ihren Kommunen selbst. Als Querschnittsaufgabe betrifft Gleichstellungsarbeit grundsätzlich alle kommunalen Handlungsfelder und ist in den Fachaufgaben konkret auszugestalten.

In der strategischen Verankerung sowie in der praktischen Umsetzung muss Gleichstellungsarbeit mit anderen Strategieprozessen und Umsetzungskonzepten in der Kommune verbunden werden, damit sie wirksam werden kann. Genau hier hat Bochum sich auf den Weg gemacht. Mit der „Bochum Strategie 2030“ wurde im breiten Beteiligungsprozess ein gesamtstädtischer Handlungsrahmen (Kompass) erarbeitet, der als roter Faden der zukünftigen Stadtentwicklung dient.

Hierbei wurden fünf Kompetenzfelder definiert, in denen mit gezielten Maßnahmen, den Kernaktivitäten, daran gearbeitet wird die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu sichern und weiter zu verbessern. Da in Bochum bereits seit 2003 Gender Mainstreaming in verschiedenen Themenfeldern berücksichtigt wird und praktische Anwendungen gefunden hat, war es eine Selbstverständlichkeit, dass die Gleichstellungsbeauftragte von Anfang an in den umfassenden Prozess der Bochum-Strategie mit einbezogen wurde.

Diese strategische Anbindung der Gleichstellungsarbeit in Bochum überzeugte bei der Verleihung des bundesweiten „Gender Award – Kommune mit Zukunft 2019“ und wurde mit Platz 2 belohnt. Die Jury hob hervor: „Die Stadt Bochum hat in Sachen Gerechtigkeit zwischen Frauen und Männern viel zu bieten. So verankert sie gleichstellungspolitische Themen in der „Bochum Strategie 2030“ und führt damit das Gender Mainstreaming auf beeindruckende Weise weiter.“ (Auszug aus der Begründung der Jury)

Die gleichstellungsrelevanten Aspekte und Projekte ziehen sich dabei vom Kompetenzfeld, über die Zielbilder bis zur konkreten Kernaktivität durch alle Ebenen der Bochum-Strategie.

So findet man in der Kompetenz „Großstadt mit Lebensgefühl“ das „Familienbüro“ als Kernaktivität. Seit Februar letzten Jahres gibt es hiermit eine Anlaufstelle, die Bürgerinnen und Bürger, aber auch Beschäftigte



(Foto: Stadt Bochum/Andre Grabowski)

umfassend in allen familiären Fragen berät und Bochum zur familiengerechten Stadt weiterentwickelt. Die Ansiedlung dieses neuen Angebotes erfolgte bei der Gleichstellungsstelle, die inzwischen zum Referat für Gleichstellung, Familie und Inklusion erweitert wurde. Durch die Verknüpfung von Familien- und Gleichstellungsthemen können z. B. Rollenbilder von Vätern und Müttern sowie eine partnerschaftliche Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit auch auf kommunaler Ebene weiter forciert werden.

Ein weiterer Anspruch an die strategische Vorgehensweise in Bochum ist es, die Konzepte von Gender und Diversity so zusammenfinden, dass die jeweiligen Vorteile in Prozesse und Aktivitäten wirksam einfließen können. Dabei bezieht sich Bochum auf das Positionspapier des Deutschen Städtetages „Gender Mainstreaming und Diversity Management im Kontext kommunaler Gleichstellungspolitik“ aus dem Jahr 2016 und nimmt Geschlechterdifferenzierung als Basis bei allen weiteren Diversity-Kategorien in den Blick, um Mehrfachdiskriminierungen entgegenzuwirken.

Mit den Worten der Jury ausgedrückt: „Bochum (...) ist eine der wenigen Städte, die Gender und Diversity gut miteinander verbindet. Hierbei ist die Kategorie „Gender“ die Basis, von der aus die weitere Differenzierung erfolgt. Ziel ist es „dass Frauen und Männer in Bochum unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Religion, ihrem Alter, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung und ihrer finanziellen Möglichkeiten gleichberechtigt leben.“ Obwohl Bochum eine Stadt mit relativ wenig Geld ist, wird Diversity und Gleichstellung kreativ und strategisch in alle Planungsschritten aufgenommen.“ (dto.)



(Foto: Stadt Bochum / Andre Grabowski)

Es wird also anerkannt und berücksichtigt, dass die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger an ihre Stadt unterschiedlich sind und von ihrer jeweiligen Lebensphase und -situation geprägt sind. Geschlechtergerechtigkeit ist die Grundlage für eine differenzierte und an Bedarfen der Menschen orientierte Kommune.

Daher ist es Ziel der Bochum Strategie der gesellschaftlichen Vielfalt in allen Kompetenzfeldern gerecht zu werden, um strukturell bedingte Ungleichheiten abzubauen und die Potenziale der Menschen zu nutzen. Unterschiedliche Lebenswirklichkeiten, verschiedene Sichtweisen und Kompetenzen der Menschen, die in Bochum leben, ergänzen sich und steigern die Qualität kommunaler Angebote. Dazu gehört auch die Förderung eines bewussten, respektvollen und wertschätzenden Umganges mit Verschiedenheit und Individualität. Gemeinsam kann man der Weiterentwicklung der Stadtgesellschaft gerecht werden.

So werden im stetigen Vorantreiben der Strategieziele auch immer weiterführende Dimensionen erarbeitet. In diesem Jahr erarbeitet die Arbeitsgruppe „Strategieverknüpfung“, in der auch die Gleichstellungsbeauftragte vertreten ist, die Querschnittsdimensionen „Gesellschaftliche Vielfalt, Soziale Lage, Sicherheit und Klimaschutz“ methodisch nachvollziehbar und sichtbar in der Bochum Strategie zu verankern.

Durch konkrete Prüfschema auf Ebene der Kernaktivitäten, Vermittlung (z. B. im Rahmen eines Querschnittsberichts) sowie Verschränkung der Strategie mit den Fachkonzepten der Kommune (Leitlinien mit Arbeitshilfen z. B. Checklisten, Werkzeugkasten, Formatvorlagen) sollen die Querschnittsdimensionen in die praktische und dauerhafte Umsetzung implementiert werden. Ein komplexes und gewaltiges Aufgabenpaket, mit dem auch der Erfolg der Projekte qualitativ evaluiert werden soll. Ohne eine solche konsequente, klare und umfassende Beteiligungssystematik ist eine wirksame Verankerung strategischer (Gleichstellungs-)Ziele nicht realisierbar.

Ein weiterer Teil ist der regelmäßige öffentliche Diskurs über die Gleichstellungsaspekte. In Bochum gibt es seit

1997 das freiwillige Gremium des Frauenbeirates. Hier können durch regelmäßige Berichte und Diskussionen zu den verschiedenen kommunalen Handlungsfeldern Gleichstellungsimpulse in die weiteren Beratungen und die Vorbereitung von Entscheidungen gegeben werden. Gleichzeitig werden durch die Berichte im Frauenbeirat verantwortliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung für Genderrelevanz ihrer Arbeitsbereiche sensibilisiert.

Gleichstellungsarbeit bringt damit auch heute immer noch Veränderungsimpulse für einen Kulturwandel in die Verwaltung. Selbstverständlich also, dass sie sich auch bei der anstehenden digitalen Transformation der Arbeitswelt positionieren muss. In Bochum ist die Gleichstellungsbeauftragte daher Teil des „Change-Teams“, das den Prozess strategischer Organisations- und Führungskräfteentwicklung mitgestaltet.

Ein Beispiel in diesem Bereich ist das Themenfeld „zeitliche und räumliche Flexibilisierung der Arbeit“. Innovative Arbeitsmodelle bringen Vorteile für Beschäftigte, z. B. um den verschiedenen Aufgaben und Anforderungen in Familie und Beruf besser gerecht werden zu können. Die Verwaltung weiß um die Vorteile der Akzeptanz, dass ihre Beschäftigten die Arbeit mit ihren individuellen Lebensentwürfen vereinbaren wollen. Mit dem erklärten strategischem Ansatz „Vorreiterin modernen Stadtmanagements“ zu werden, definiert sie nun stärker den Rahmen um gute Bedingungen zu schaffen, in den die Beschäftigten ihre Bedürfnisse in unterschiedlichen Lebensphasen mit ihrer Tätigkeit bei der Stadtverwaltung vereinbaren können.

Die Stadt Bochum hat sich mit ihrer „Bochum Strategie 2030“ auf den Weg gemacht und nimmt die Gleichstellungsarbeit zukunftsweisend in diese Prozesse mit hinein. Der „Gender Award – Kommune mit Zukunft“ bestärkt diese Vorgehensweise und ist ein Ansporn für weitere Bemühungen ein gleichberechtigtes Leben von Frauen und Männern in Bochum in einer sich rasant verändernden Arbeits- und Lebenswelt nachhaltig zu verwirklichen.

Regina Czajka
Gleichstellungsbeauftragte
Leitung Referat für Gleichstellung, Familie und Inklusion
der Stadt Bochum

Informationen zum Bochumer Konzept unter:
www.bochum.de/Die-Bochum-Strategie

Positionspapier des Deutschen Städtetages „Gender Mainstreaming und Diversity Management im Kontext kommunaler Gleichstellungspolitik“ aus dem Jahr 2016 unter:

<http://www.staedtetag.de/fachinformationen/gleichstellung/080503/index.html>

Laufend Stadt erleben! Die App Sight Running NRW verbindet Baukultur und Bewegung

Von Christoph Rose



Ein Audioguide informiert während des Laufens über Sehenswertes
(Foto: Architektenkammer NRW)

Streckenführung miteinander verbinden. „Wir wollen einen neuen Weg eröffnen, Architektur in unseren Städten und Gemeinden zu erleben“, erklärte der Präsident der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen, Ernst Uhing, zum Start des Projektes im Mai 2019. Die neue App stellt auch für Tagungsgäste oder Kurzurlauber in Nordrhein-Westfalen eine neue Möglichkeit dar, eine Stadt oder Ortschaft sportlich und auf ungewöhnliche Art und Weise kennenzulernen.

Der Nutzer der App bekommt während des Laufs über den Audioguide automatisch ortsbezogene Informationen über einzelne Bauwerke und baukulturelle Highlights ausgespielt. Im Schnitt wird auf jedem Kilometer ein Objekt per GPS-Erkennung vorgestellt, sobald sich die Sportlerin bzw. der Sportler dem Bauwerk nähert.



Jede Route steht unter einem Leitthema (Foto: Architektenkammer NRW)

„Bei Streckenlängen von sechs bis zwölf Kilometern kann jeder dank digitaler Unterstützung seine sportliche Bewegung mit spannenden Informationen zu Architektur und Baukunst kombinieren – und so beim Laufen eine Stadt ganz neu kennenlernen“, verdeutlicht Walter Schneeloch, Präsident des Landessportbundes NRW, dessen inhaltliche Expertise in das Projekt einbezogen wurde.

Redaktionell angelegte Navigationsansagen auf der Strecke helfen dabei, sicher den Weg zu finden. Entsprechend kann die App auch von Fußgängern, Nordic Walkern, Radfahrern, Inlineskatern und anderen Gruppen genutzt werden. So fördert „Sight Running“ nicht nur sportliche Bewegung, sondern auch den Städte- und Tagungstourismus und insgesamt die Baukultur in Nordrhein-Westfalen.

„Laufend Stadt erleben“ – unter diesem Motto betreibt die Architektenkammer Nordrhein-Westfalen eine neuartige Website und App, die attraktive Laufrouen mit einem akustischen Baukulturführer verbindet. Das Projekt wurde über drei Jahre mit Unterstützung verschiedener Partner aus dem Sport-, Baukultur- und Tourismussektor sowie den Kommunen und mit ideeller Unterstützung des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes NRW entwickelt. Aktuell werden 21 Routen in ganz NRW angeboten – weitere werden sukzessive ergänzt.

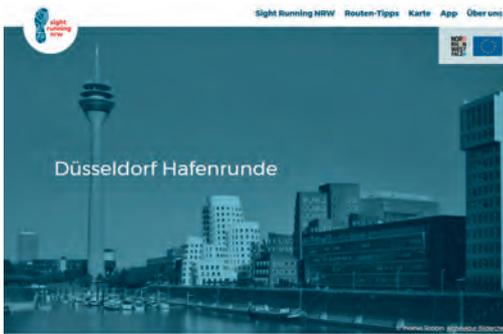
www.sight-running-nrw.de

Jede Route steht unter einem spezifischen Leitthema, das auf lokale Historie, bauliche Besonderheiten oder Stadtentwicklungsprozesse eingeht, etwa der „Medien- und Wirtschaftshafen Düsseldorf“, die „Seidenstadt- und Bauhausroute Krefeld“, die „Rheinrunde Köln“, das „Museumsufer Bonn“ oder die „Wissenschaftsstadt Aachen“.

Im März 2020 waren 20 Routen fertiggestellt und abrufbar: Aachen, Arnsberg, Bielefeld, Bochum, Bonn, Detmold, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, Gummersbach, Herford, Köln, Krefeld, Minden, Mönchengladbach, Münster, Oberhausen und Steinfurt. Weitere sind in Arbeit. Ziel der Macher von „Sight Running NRW“ ist es, mindestens eine Route für jede Großstadt und jeden Kreis in Nordrhein-Westfalen anbieten zu können.



„Sight Running NRW“ bietet flächendeckend Routenvorschläge in Nordrhein-Westfalen an, die Werke der Architektur und der Ingenieurbaupunkst, stadttypische Gebäudeensembles, Grünzonen und urbane Räume auf einer attraktiven



Düsseldorf Hafenrunde

8.2 km

Willkommen auf der 'Architekturmeile Düsseldorf': International renommierte Architekten haben dafür gesorgt, dass aus dem ehemaligen Wirtschaftshafen eine Flaniermeile mit besonderem Charakterlebnis geworden ist. Unsere Medienhafen-Runde lässt uns abseits der modernen Fassaden aber auch den Rhein und den rauen Charme des Industriehafens erleben, der auf den hinteren Landungen weiterhin zum wirtschaftlichen Erfolg der Landeshauptstadt beiträgt.



Die Architektenkammer Nordrhein-Westfalen entwickelte das ehrgeizige Vorhaben als Projektträger im Verbund mit interdisziplinär zusammengesetzten Partnern und unter Einsatz von Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) im Zeitraum Juni 2016 bis Mai 2019. Folgende Kooperationspartner unterstützten das Projekt finanziell bzw. ideell: Stiftung Deutscher Architekten, Landessportbund NRW, Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen e. V. (AGFS NRW), Historische Stadt- und Ortskerne in NRW, Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen (IK-Bau NRW), Netzwerk Innenstadt NRW, Landesinitiative „Baukultur Nordrhein-Westfalen“, Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen, Tourismus NRW e. V., Stadt Arnsberg sowie Düsseldorf Tourismus (DT).

Auch nach dem Ablauf der EFRE-Förderung wird „Sight Running NRW“ weiter betrieben, um das Angebot inhaltlich mit vielen zusätzlichen Routen zu bereichern und als starkes, multidisziplinäres Netzwerk für eine umfassende Verbreitung zu sorgen. „Sight Running NRW“ ist nicht einfach eine weitere Lauf-App, sondern eine Plattform, um Baukultur, Sport und Tourismus in einem besondere Hörerlebnis miteinander zu verbinden. Laufend Stadt erleben eben!

Die App „Sight Running NRW“ steht zum kostenlosen Download im App Store (iOS) und auf Google Play (Android) bereit.

Die Webadresse lautet:

www.sight-running-nrw.de



Heiraten in der Kirche, ohne kirchlich zu heiraten

Von Oberbürgermeister Thomas Eiskirch, Bochum

Schon die Idee begeisterte die Bochumerinnen und Bochumer: eine alte Kirche mitten in der Stadt wird zu einem großartigen Foyer umgebaut und dient als imposanter Eingang zu einem neuen Haus der Musik. Die Umsetzung war spektakulär: Ein helles, großzügiges Foyer, dessen Blickfang eine restaurierte Glocke aus dem alten Kirchturm ist, die passenderweise mit dem Ton b (wie Bochum) den Pausengong anschlägt. Aber nicht nur die Architektur des Anneliese Brost Musikforum Ruhr an der Viktoriastraße beeindruckt, sondern auch die einzigartige Akustik im großen Saal - ein klangvolles Erlebnis, bei dem wirklich jeder einzelne Ton auf seine ganz eigene Art und Weise wirkt.

Das Anneliese Brost Musikforum Ruhr ist seit 2016 das Zuhause für die Bochumer Symphoniker und bietet darüber hinaus mit Konzerten des Ensembles der Musikschule oder des Jugendsymphonieorchesters ein abwechslungsreiches musikalisches Programm. Neben dem musikalischen und architektonischen Aspekt ist das Foyer nun auch außergewöhnlicher Trauort. Im Trauzimmer auf der Empore im früheren Schiff der Marienkirche können sich Bochumerinnen und Bochumer das Ja-Wort geben und so an einem der faszinierendsten Orte der Stadt den Bund der Ehe schließen. Damit kann man in einer Kirche heiraten, ohne kirchlich zu heiraten.



Innenraum des Anneliese Brost Musikforums Ruhr (Foto: Stadt Bochum)

Entworfen von den Stuttgarter Architekten Bez+Kock, hat das Anneliese Brost Musikforum Ruhr mit dem Architekturpreis des Landes Nordrhein-Westfalen 2018 und dem German Design Award im selben Jahr bereits einige Preise für seine Baukunst gewonnen und ist eine einzigartige Mischung aus modern und historisch, musikalischer Qualität und architektonischer Finesse.

Fachinformationen

Cebit-Nachfolger TWENTY2X in Hannover will auch digitale Entscheider aus Kommunen ansprechen

Die TWENTY2X vom 17. bis 19. März 2020 in Hannover bietet eine neue Plattform für die Digitalisierung im Öffentlichen Sektor: in Gemeinden, Städten, Regionen und im Bund. Entscheider und Experten aus Verwaltung, Politik, Digitalwirtschaft, Verbänden und Wissenschaft sollen dort die Gelegenheit bekommen, ihr Netzwerk zu erweitern und sich zu allen relevanten Themen auszutauschen. Neben Möglichkeiten, die zentralen Akteure der Branche zu treffen und inspirierende Un-

ternehmen zu entdecken, versprechen die Veranstalter auch die Präsentation von Dienstleistungen und Produkten für eine leistungsorientierte Verwaltung.

Weitere Infos unter:
www.twenty2x.de

Große Architektur für kleine Menschen: Kitapreise an elf Kindertageseinrichtungen in NRW verliehen

Das Land Nordrhein-Westfalen und die Architektenkammer NRW haben elf neue Kindertageseinrichtungen mit dem „Kita-Architekturpreis NRW 2020“ ausgezeichnet. Die Auszeichnungen gehen nach Bonn, Essen, Kamp-Lintfort, Köln, Mülheim an der Ruhr, Neuss, Münster und Troisdorf sowie zwei nach Aachen. Ein Objekt aus Herne erhält eine Anerkennung.

Zu dem Auszeichnungsverfahren waren 46 neue und erweiterte Gebäude eingereicht worden. Zehn von ihnen wählte eine unabhängige Jury für den „Kitapreis NRW 2020“ aus, einer weiteren Kita wurde eine Anerkennung zugesprochen. Mit der Auszeichnung wollen das Land Nordrhein-Westfalen und die Architektenkammer NRW die Bedeutung der Architekturqualität von Kitabauten herausstellen und ihren positiven Einfluss auf die Lern- und Lebenswelt von Kindern betonen. Zugleich soll das Verfahren Träger von Kindertageseinrichtungen dazu anregen, der baulichen Qualität ihrer Anlagen besondere Beachtung zu schenken.

Kriterien waren: Aufenthaltsqualität (Elementarpädagogische Nutzungs- und Aufenthaltsqualität, Funktion), Gestaltungsqualität (Städtebauliche Einbindung, Architekturqualität, Qualität des Innenraums, Qualität des Außenraums) und Planungsqualität (Qualität im

Planungsprozess, Wirtschaftlichkeit, Ökologie). Der Kitapreis 2020 richtete sich an alle Träger von Kindertageseinrichtungen als Bauherren sowie an alle Architektinnen und Architekten, Innenarchitekten, Landschaftsarchitekten und Stadtplaner, die in gestalterischer und pädagogischer Hinsicht vorbildliche Neu- und Umbaumaßnahmen in, an und im Umfeld von Kindertageseinrichtungen realisiert haben. Prämiert wurden Neubauobjekte, Maßnahmen an bestehenden Bauten von Kindertageseinrichtungen und Umfeldgestaltungen, die den Bewertungskriterien der Auslobung in besonderer Weise entsprechen.

Die Preisverleihung findet am 22. Juni 2020 im Düsseldorfer Kunstmuseum K20 statt. Die ausgezeichneten Kitas werden in einer Ausstellung präsentiert, die in Düsseldorf im Juli 2020 im Haus der Architekten und im August 2020 im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW zu sehen sein wird. Der Eintritt ist jeweils frei.

Weitere Infos unter:
<https://www.aknw.de>

„Preis für gute Verwaltung“ will innovative, bürgernahe Behördenarbeit auszeichnen

Die „GUTE VERWALTUNG Initiative für bürgerzentrierte Behördenarbeit“ wird in diesem Jahr das zweite Mal den Preis für gute Verwaltung verleihen: Nach einem erfolgreichen Start 2019 freut sich die Initiative auch in diesem Jahr wieder auf zahlreiche interessante Einreichungen. Der Preis zeichnet innovative, bürgerzentrierte Behördenarbeit und die Mitarbeiter aus, die hinter dieser Arbeit stehen.

Anlass für diese Auszeichnung ist die Idee von Verwaltung: Die Initiative glaubt, dass Bürokratie in der Gesellschaft eine zentrale Rolle zukommt. Verwaltung wird definiert als wesentliche Schnittstelle zwischen Bürger und Staat. Sie spiele daher bei der Gestaltung der Gesellschaft eine wesentliche Rolle. Da die Gesellschaft vor zahlreichen großen Herausforderungen stehe, brauche es zukünftig noch mehr gute Ideen und Ansätze wie diese Veränderungen gemeistert werden können. Dem will die Initiative mit dem Preis begegnen: Sie will neue Wege aufzeigen, honorieren und zur Nachahmung empfehlen! Die Aspekte Bürgerzentrierung und Mut stünden dabei an erster Stelle.

Die Initiative hat eine Jury gebildet mit Mitgliedern aus dem Kanzleramt, dem Innenministerium, unterschiedlichen Kommunen und der Forschung. Bewerbungsschluss ist der 8. März. Der Preis wird im Rahmen der Konferenz Public Service Lab am 24. April 2022 in Freiburg überreicht.

Für Fragen oder Anmerkungen steht Frau Johanna Götz, GUTE VERWALTUNG Initiative für bürgerzentrierte Behördenarbeit zur Verfügung. Sie erreichen Frau Götz per Mail johanna@gute-verwaltung.org oder telefonisch 0176 21 76 9009.

Weitere Informationen bieten diese Web-Seiten:
www.verwaltungspreis2020.org
www.publicservicedesign-berlin.org
www.best-practice.de
www.publicservicelab.de

Förderstaffel 2020 für Smart Cities – Modellprojekte gestartet

„Gemeinwohl und Netzwerkstadt/Stadtnetzwerk“ sind Motto der nunmehr zweiten Förderstaffel für Modellprojekte im Bereich Smart Cities. Bis zum 20. April 2020 können sich Kommunen für eine solche Förderung bewerben. Die Auswahl der Modellprojekte wird auf Basis von Fachgutachten durch eine Expertenjury Anfang September 2020 getroffen.

Mit den Modellprojekten sollen Strategieentwicklung sowie Test- und Experimentierfelder gefördert werden, um für die deutschen Kommunen beispielhafte Lösungen zur digitalen Transformation auf regionaler, gesamtstädtischer oder Quartiers-Ebene zu finden. Grundlage ist die „Smart City Charta“ der Nationalen Dialogplattform Smart Cities des Bundes. Einen zentralen Bestandteil der Förderung bildet der Wissens-

transfer. Die Modellprojekte umfassen zwei Phasen:
 A. Entwicklung kommunaler Ziele, Strategien und Maßnahmen zur Gestaltung der Digitalisierung
 B. Umsetzung der Ziele, Strategien und Maßnahmen.

Für die Strategieentwicklung, den Aufbau digitaler Kompetenz und für Investitionen können ausgewählte Kommunen Zuschüsse erhalten in Höhe von bis zu 65 % der Kosten, Kommunen in Haushaltsnotlage bis zu 90 %.

Weitere Informationen auf der Website:
www.smart-cities-made-in.de

Europas größter Jugendhilfepfahl findet 2021 in Essen statt

Der nächste Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag steht unter dem Motto „Wir machen Zukunft – Jetzt!“. Europas größter Jugendhilfepfahl kommt vom 18. bis 20. Mai 2021 nach Essen. Im Mittelpunkt stehen aktuelle Themen rund um die Generation U27, z. B. Kinderschutz, Fachkräftebedarf, Demokratie, Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Inklusion. Veranstalter ist die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ).

Erwartet werden etwa 30.000 Besucher, die unter rund 200 Fachveranstaltungen wählen können. Auf der Fachmesse präsentieren sich Organisationen und Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe (idr).

Weitere Informationen unter:
www.jugendhilfetag.de

Richtungsweisende Digitalisierungsprojekte der öffentlichen Verwaltung gesucht

Noch bis zum 2. April 2020 gibt es die Möglichkeit, im Rahmen des 19. eGovernment-Wettbewerbs innovative Projekte zur Verwaltungsmodernisierung einzureichen, die eine agile und effiziente Verwaltung unterstützen. Der von BearingPoint und Cisco ausgerichtete Wettbewerb steht unter der Schirmherrschaft des Chefs des Bundeskanzleramts und Bundesministers für besondere Aufgaben Prof. Dr. Helge Braun. Der Wettbewerb legt einen besonderen Schwerpunkt auf Projekte mit hoher Nutzerorientierung. In folgenden Kategorien können Wettbewerbsbeiträge mit einer Projektskizze, einer Projektbeschreibung oder einem Gesamtkonzept in deutscher Sprache eingereicht werden:

- Bestes Projekt zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes

- Bestes Projekt zum Einsatz innovativer Technologien
- Bestes Digitalisierungsprojekt in Bund, Ländern und Kommunen
- Bestes Modernisierungsprojekt
- Bestes Kooperationsprojekt
- Bestes Infrastrukturprojekt

Die Teilnahmeunterlagen, die Mitglieder der Jury, die Gewinnerprojekte der letzten Jahre sowie weitere Hinweise stehen unter:

<https://www.egovernment-wettbewerb.de/>

Luftqualität in NRW-Städten hat sich verbessert

Die Belastungen durch Stickstoffdioxid sind im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen zurückgegangen. Das zeigt eine erste Auswertung der Messwerte durch das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) in Recklinghausen. Demnach zeigen 55 von 59 automatisierten Messstellen eine NO₂-Abnahme von bis zu 15 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. An der Wilhelmstraße in Aachen, der Glad-

becker Straße in Essen, der Turiner Straße in Köln und der Gustav-Heinemann-Straße in Leverkusen wurde 2019 der Grenzwert erstmals eingehalten.

Die Proben aus den NO₂-Passivsammler-Messungen werden derzeit im Labor analysiert. Danach wird die Gesamtbeurteilung der Luftqualität für NRW 2019 vorgelegt.

Förderprogramm zur Erforschung des künstlerischen Erbes: Land richtet Volontariate an 16 Kunstmuseen ein

Nordrhein-Westfalen ist mit mehr als 100 Kunstmuseen ein wichtiges Zentrum der bildenden Künste. Zum zentralen Auftrag der Museen gehört neben dem Sammeln, Bewahren und Vermitteln auch die Erforschung ihrer Bestände. Mit dem neuen Förderprogramm „Forschungsvolontariat Kunstmuseen Nordrhein-Westfalen“ ermöglicht das Ministerium für Kultur und Wissenschaft nun die Einrichtung von 17 wissenschaftlichen Volontariaten an 16 Kunstmuseen im Land. Die auf zwei Jahre angelegten Volontariate sind an Forschungsprojekte im Kontext der jeweiligen Sammlung geknüpft.

Das Programm soll zudem die Zusammenarbeit von Kunstmuseen und kunsthistorischen bzw. kunstwissenschaftlichen Lehrstühlen in Nordrhein-Westfalen verstärken. Das Förderprogramm ist Teil der Stärkungs-

initiative Kultur des Landes und wurde gemeinsam mit den Kunstmuseen in Nordrhein-Westfalen entwickelt. Für die Jahre 2020 bis 2022 stehen Mittel in Höhe von 1,3 Millionen Euro zur Verfügung. Koordiniert wird das Programm durch das Institut für Kunstgeschichte der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Die Forschungsvolontariate beginnen im März bzw. Juli 2020 und werden durch ein Begleitprogramm zur Vernetzung und methodischen Weiterbildung der künftigen Volontärinnen und Volontäre ergänzt.

Weitere Informationen unter:

<http://www.kuk.hhu.de/forschungsvolontariat-kunstmuseen-nrw.html>

Eine-Welt-Landeskonferenz NRW lädt nach Münster

„Einmischen possible? - Eine Welt braucht Zivilgesellschaft!“ ist das Thema der Eine-Welt-Landeskonferenz NRW am 27. und 28. März 2020 in Münster. Auf der Konferenz geht es um die Bedeutung der globalen Zivilgesellschaft und die Notwendigkeit von mehr Freiräumen zur Gestaltung einer nachhaltigen globalen Zukunft. Obwohl das Engagement der Zivilgesellschaft als Antwort auf politische, soziale und ökologische Ungerechtigkeiten immer wichtiger wird, beobachten wir gleichzeitig weltweit eine zunehmende Unterdrückung und Beschränkung von Handlungsspielräumen, so die Veranstalter. Die Eine-Welt-Landeskonferenz 2020 will dieses Spannungsfeld aus verschiedenen Perspektiven beleuchten.

Das Thema „Shrinking spaces für die Zivilgesellschaft“ wird mit Vorträgen, in Diskussionen und Open Spaces

diskutiert. Außerdem werden Handlungsoptionen aufgezeigt und ausgearbeitet. Es besteht die Möglichkeit, neue Bündnisse zu schließen und bestehende zu erweitern, Projekte zum Mut- und Mitmachen kennenzulernen und zu verbreiten. In Open Spaces haben Teilnehmende die Möglichkeit, eigene Themen einzubringen.

Diese können vorab hier gemeldet werden:

<https://yourpart.eu/p/iGOMXBqlis>

Anmeldung in der Akademie Franz Hitze Haus:

<https://www.franz-hitze-haus.de/info/20-509/>

Weitere Informationen unter:

<https://eine-welt-netz-nrw.de/lako/>

Museum für Architektur und Ingenieurkunst NRW und StadtBauKultur NRW werden zu Baukultur NRW

StadtBauKultur NRW und das M:AI – Museum für Architektur und Ingenieurkunst NRW haben ihre Fusion bekannt gegeben. Die beiden etablierten Kulturinstitutionen arbeiten seit 2001 in vielfältiger Weise an Themen der Architektur und Stadtentwicklung in Nordrhein-Westfalen. Mit der neuen Institution wird Know-how gebündelt und baukulturelle Themen in unterschiedlichen Formaten öffentlichkeitswirksam präsentiert.

Baukultur Nordrhein-Westfalen ist entstanden aus dem Zusammenschluss der Vereine StadtBauKultur NRW und Museum für Architektur und Ingenieurkunst NRW (M:AI). Der neue Verein wird gefördert durch das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen. Baukultur Nordrhein-Westfalen will aktuelle Themen initiieren, organisieren und kommunizieren u.a. baukulturelle Facetten von Architektur, Stadt- und Landschaftsentwicklung, Ingenieurkunst sowie Bau- und Planungsprozesse.

Darüber hinaus will sich Baukultur Nordrhein-Westfalen mit Themen wie „Kunst und Bauen“ oder dem „Wohnen

in Nordrhein-Westfalen“ beschäftigen und die Zivilgesellschaft, Politik, Bildung, Wirtschaft und Kultur für baukulturelle Fragen sensibilisieren. Ziel ist es außerdem, Kompetenzen zu bündeln, über baukulturelle Themen zu informieren und Akteure, Entscheider und Entwickler an einen Tisch zu bringen. Mit Kampagnen, Ausstellungen und Informationsformaten, wie Diskussionen und Tagungen will Baukultur Nordrhein-Westfalen außerdem den Diskurs für die Fachwelt und für eine breitere Öffentlichkeit ermöglichen.

Bis eine neue Webseite mit allen Angeboten und Services zugänglich ist, finden Interessierte die wichtigsten Nachrichten, Informationen und Termine zu Baukultur Nordrhein-Westfalen auf:

<https://www.baukultur.nrw>

Die Websites von M:AI NRW und StadtBauKultur NRW sind zunächst weiter erreichbar unter:

<https://mai-nrw.de> und

<https://stadtbaukultur-nrw.de>

RVR Ruhr Grün lädt zu Erlebnissen in der grünen Metropole Ruhr

„Natur erleben“ heißt die Broschüre, in der RVR Ruhr Grün alle Exkursionen, Angebote und Termine für Naturbegeisterte bündelt. Die Ausgabe 2020 ist jetzt erschienen. Rund 90 Veranstaltungen laden Jung und Alt ein, die grüne Region neu für sich entdecken. So wird der Wald zum Erlebnisraum für alle. Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung RVR Ruhr Grün lädt zu besonderen Walderfahrungen ein. In neuen Kursen finden Menschen, die eine Auszeit von ihrem beschleunigten

Lebensstil benötigen, den achtsamen Zugang zum Wald. Hier lehren geschulte Waldbaderinnen z. B. Sinnes-, Entspannungs- und Atemübungen im Grünen.

Die kostenlose Broschüre mit allen Veranstaltungen kann über den Onlineshop bestellt werden unter:

www.shop.rvr.ruhr

Termine

Personal und Verwaltung

KGSt@-Infotag Service Design Meet up!

10. März 2020 in Köln

www.kgst.de

Verkehr

Kfz-Parken und Radverkehrsplanung – Flächenpotenziale, Konflikte, Lösungen

am 28. und 29. April 2020 in Köln

<https://t1p.de/kfz-parken-und-radverkehrsplanung>

Radverkehr – Zentrales Element der Stadtentwicklung

Vom 27. bis 29. Mai 2020 in Utrecht, Zwolle und Houten

<https://t1p.de/radverkehr-stadtentwicklung>

Bildung und Forschung

Fachkonferenz 2020 der BMBF-Fördermaßnahme

„Kommunen innovativ“

am 19. und 20. Mai 2020 in Wuppertal

www.difu.de

Städtetag Nordrhein-Westfalen

Mitgliederversammlung des Städtetages Nordrhein-Westfalen

„Lebenswertes Zuhause, die Städte in NRW“

am 25. und 26. Mai 2020 in Essen

www.staedtetag-nrw.de

Impressum:

Eildienst – Informationen für Rat und Verwaltung

Herausgeber: Städtetag Nordrhein-Westfalen
Gereonshaus, Gereonstraße 18-32, 50670 Köln
Telefon: 0221/3771-0 Fax: 0221/3771-128
E-Mail: post@staedtetag-nrw.de
Internet: www.staedtetag-nrw.de
Twitter: [@staedtetag_nrw](https://twitter.com/staedtetag_nrw)

Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied: Helmut Dedy
Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion: Uwe Schippmann
Gestaltung/Druck: Media Cologne GmbH, Hürth
Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,
Telefon: 02224/1874-510, Fax: 02224/1874-495,
E-Mail: diederichs@medeya.de

Gedruckt auf Recyclingpapier

- Der Städtetag Nordrhein-Westfalen ist die Stimme der Städte im größten Bundesland der Bundesrepublik Deutschland. In ihm haben sich 40 Städte – 23 kreisfreie und 17 kreisangehörige – mit neun Millionen Einwohnern zusammengeschlossen. Der kommunale Spitzenverband repräsentiert damit knapp die Hälfte der Bevölkerung des Landes.
- Der Städtetag Nordrhein-Westfalen nimmt aktiv die Interessen der Städte gegenüber dem Landtag, der Landesregierung und zahlreichen Organisationen wahr. Er vertritt die im Grundgesetz und der nordrhein-westfälischen Verfassung garantierte kommunale Selbstverwaltung.
- Der Städtetag Nordrhein-Westfalen berät seine Mitgliedstädte und informiert sie über alle kommunal bedeutsamen Vorgänge und Entwicklungen.
- Der Städtetag Nordrhein-Westfalen stellt den Erfahrungsaustausch zwischen seinen Mitgliedern her und fördert ihn in zahlreichen Gremien.

ISSN: 2364-0618

Köln, März 2020